Anzeigengebühren: 25 Pfg. für die 8mal gespalt. Millimeterzeile Auswärts 300 Pfg., für die Empfehlungszeile 700 Pfg. Erfüllungsort Castrop. Der etwa gewährte Rabatt erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen und gerichtlichen Klagen.
Größere Anzeigen werden bis vorm. 11 Uhr, kleinere bis 3 Uhr nachmittags vor Ausgabe der Zeitung erbeten.
Postscheckkonto: 40 150 Köln. — Fernsprech-Anschluß Nr. 6.
Verantwortlich für den Schriftteil: Franz Joseph Praus Castrop

Castroper Anzeiger

Castroper Zeitung

Die Castroper Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage und kostet durch Boten frei ins Haus gebracht 119 Mark (im voraus zahlbar) für den Monat. Postbezug 960 Mk. für das Vierteljahr, ohne Postbestellgeld. Falls wir in der Herausgabe und Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Geschäftsstelle u. Schriftleitung: Castrop, Münsterstraße 24. Sprechstunden der Schriftleitung: werktags 6—7 Uhr nachmittags.

Raugeler Neueste Nachrichten — 48. Jahrgang — Bladenhorster Tageblatt

Rotationsdruck und Verlag: Castroper Zeitung (Geschw. Schmitz), Castrop

Amtl. Veröffentlichungsblatt für den Landgerichtsbezirk Dortmund, für die Stadt Castrop und die Ämter Rauxel und Bladenhorst
Alle amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Castrop, der Ämter Rauxel und Bladenhorst erlangen nach Veröffentlichung in obigen Blättern rechtsverbindliche Kraft.

Nr. 235 — Montag, den 9. Oktober — 1922

In aller Kürze.

Wie verlautet, wird der Reichskanzler nächste Woche nach Berlin zurückkehren. Alsdann wird das Reichskabinett in der Frage der Neuwahl des Reichspräsidenten endgültigen Beschluß fassen können. Eine Entscheidung der Parteien über die Kandidaten wird also bald erfolgen müssen.

*

Das Reichskabinett beschloß von einer Erhöhung der Tabakzölle Abstand zu nehmen und die Einfuhrsperre für Tabak sofort aufzuheben.

*

Nachdem der Reichspräsident kürzlich verfügt hatte, daß das Deutschlandlied in Zukunft als Nationalhymne zu betrachten sei, hat der Reichswehrminister selbst eine Verfügung erlassen, die festsetzt, bei welchen Gelegenheiten die Reichswehr die Nationalhymne spiel.

*

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages fordert vom Kultusminister Boelitz Auskunft, warum er der Universität Bonn untersagt hat, eine neue Reichsflagge anzuschaffen, oder die alte zu ändern.

*

Auf Einladung des Reichsverbandes der deutschen Industrie haben Besprechungen über die Frage stattgefunden, mit welchen Mitteln die deutsch-russischen Handelsbeziehungen gefördert werden könnten. Die Beratungen sollen demnächst fortgesetzt werden.

Dollarkurs am 7. Okt. = 2247,00

Aus dem Reiche.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Wie wir Samstag mitgeteilt haben, ist die Wahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember d. Js. Nach Artikel 41 der Reichsverfassung wird der Reichspräsident vom ganzen deutschen Volk gewählt. Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Das Nähere bestimmt das am 4. Mai 1920 verkündete Reichsgesetz über die Wahl des Reichspräsidenten, das in seinen wesentlichen Paragraphen lautet:

§ 1. Wahlberechtigt ist, wer das Wahlrecht zum Reichstag hat. Die Wahl ist unmittelbar und geheim. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Den Wahltag bestimmt der Reichstag. Es muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein.

§ 3. Der Stimmzettel muß den, dem der Wähler seine Stimme geben will, bezeichnen und darf keine weiteren Angaben enthalten.

§ 4. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhält. Ergibt sich keine solche Mehrheit, so findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem gewählt ist, wer die meisten gültigen Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, das der Reichswahlleiter zieht.

Das Gesetz über Jugendgerichte.

Vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit dem Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes. Die Altersgrenze für die Strafmündigkeit ist vom 12. auf das 14. Lebensjahr heraufgesetzt. Nicht strafbar ist aber auch ein Jugendlicher, der nach erreichter Strafmündigkeit, doch vor Vollendung des 18. Lebensjahres, eine Straftat begeht, wenn er zur Zeit der Tat nach dem Grade seiner geistigen oder sittlichen Entwicklung unfähig war, das Ungesetzliche der Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen. Für die Personen, die zwischen dem 12. und 18. Lebensjahr eine Straftat begehen, wird der Grundsatz aufgestellt, daß das Gericht zwischen Strafe und Erziehung wählen und auch beides nebeneinander anordnen kann. Das Jugendgericht hat vor allem zu prüfen, ob Erziehungsmaßregeln erforderlich sind. Eine Strafe kommt daher nur in Betracht, wenn sie das Gericht entweder neben einer Erziehungsmaßregel für erforderlich erachtet oder nach seiner Auffassung keine Erziehungsmaßregel, wohl aber eine Strafe am Platz ist. Die beiden wichtigsten Erziehungsmaßregeln, Schutzaufsicht und Fürsorgeerziehung sind nach Voraussetzung und Inhalt nichts anderes als die Schutzaufsicht und Fürsorge-Erziehung des Jugendwohlfahrtsgesetzes, mit dessen Vorschriften das Jugendgerichtsgesetz, soweit die Mitwirkung der Jugendrichter in Frage steht, in engste Beziehung gesetzt ist.

Als Strafen sind Todesstrafe, Zuchthaus, lebenslängliche Festungshaft, Ehrenstrafen und Polizeiaufsicht schlechthin ausgeschlossen. Ebenso die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Das Strafmittel des Verweises ist im Entwurf aufgegeben worden. Bei jeder Freiheitsstrafe gegen Jugendliche kann bedingte Strafaussetzung gewährt werden. Die Dauer der Probezeit oder Bewährungsfrist ist auf mindestens zwei, höchstens fünf Jahre festzusetzen.

Beim Strafvollzug ist in jedem Falle die Trennung jugendlicher von erwachsenen Gefangenen zu beachten; es sollen auch Freiheitsstrafen von einem Monat und mehr nur in besonderen, nur für Jugendliche bestimmten Anstalten und Abteilungen von Anstalten vollstreckt werden.

Der Entwurf weist grundsätzlich die Aufgaben der Jugendgerichtshöfe den Jugendämtern zu. Es soll den Landesregierungen gestattet sein, die Jugendgerichtshöfe ganz oder teilweise den auf dem Boden der freiwilligen Liebestätigkeit entstandenen Vereinigungen zu eigener Ausübung zu übertragen.

Professor Nicolai klagt auf Verleumdung.

Berlin, 7. Okt. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand am 6. Oktober eine Privatklage, die Professor Nicolai gegen den Schriftsteller Günther Thomas wegen Beleidigung angestrengt hatte. Der Angeklagte hatte in einem Artikel den Privatkläger des Landesverrats beschuldigt und ihm insbesondere vorgeworfen, daß er sowohl unmittelbar gegen den hiesigen Vertreter des Pariser „Matin" sowie mittelbar mit den Mitgliedern der französischen und englischen Ueberwachungskommission in Verbindung gestanden habe und daß er französischen und englischen Offizieren Material gegen deutsche Behörden in der Entwaffnungsfrage geliefert und dafür Unterstützungen in Höhe von mehreren Millionen Franken erhalten habe. Professor Nicolai, der in Argentinien als Professor der Universität Cordora weilt, wurde durch Rechtsanwalt Dr. Schweizer vertreten, während der Angeklagte ohne Vertreter erschienen war. Der Angeklagte erklärte, daß er während des Krieges Artikel gelesen habe, die Nicolai in der deutsch-feindlichen „Times" veröffentlicht habe und diese hätten ihn auf das äußerte empört. Für seine sonstigen Behauptungen könne er keinerlei Beweis antreischuldig erklären. Nach weiteren Erörterungen wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf den 11. Oktober vertagt.

Sir Cassels Sendung im Jahre 1912.

Berlin, 7. Okt. In dem heutigen Abschnitt der Kaiser-Memoiren im „Berliner Lokalanz." behandelt Kaiser Wilhelm II ausführlicher die Mitel, die zu der Erfolglosigkeit des von Sir Cassel im Jahre 1912 überbrachten englischen Angebots führten, daß die englische Neutralität im Falle eines unprotegierten Angriffs auf Deutschland anbot, wofür Deutschland seine Flottenbauten einschränken und die damals neueste Marinevorlage fallen lassen würde. England habe im Laufe der Verhandlungen sein Angebot immer mehr eingeschränkt und schließlich hätten der Kaiser und Tirpitz erkannt, daß der ganze Vorschlag nur ein Manöver sei.

Die Entwicklungsmöglichkeite der Handelsluftschifffahrt

Berlin, 7. Okt. Im Beisein des Reichspräsidenten Ebert fand am Freitag, den 6. Oktober, im Hause des bekannten Schiffsbauprofessors und Luftschiffkonstrukteurs Geheimrat Schütte in Zeesen bei Königswusterhausen ein Vortrag über die Entwicklungsmöglichkeiten der Handelsluftschiffahrt statt. Zahlreiche Lichtbilder bewiesen, wieviel Wissenschaft zum Bau wirklich brauchbarer starrer Luftschiffe nötig sei. Dem Vortrag folgte ein zwangloses Beisammensein.

Bekanntgabe der neuen polnischen Auswanderer.

Berlin, 7. Okt. In den an Polen abgetretenen Gebieten werden durch Kreisblätter oder auf andere Weise die Namen derjenigen Personen veröffentlicht, die für Deutschland optiert haben und nach Deutschland auszuwandern beabsichtigen. Entsprechend diesem Verfahren und mit Rücksicht darauf, daß mehrfach Personen nach Polen ausgewandert sind, ohne ihre Verbindlichkeiten in Deutschland zu begleichen, so daß es den Gläubigern nur schwer möglich ist, ihre Forderungen nachträglich einzutreiben, ordnet der Minister des Innern, dem amtlichen preußischen Pressedienst zufolge, in einer Verfügung an, daß bis auf weiteres, ohne daß dadurch der Staatskasse besondere Kosten entstehen, Namen und Wohnsitz aller Personen laufend zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht werden, von denen die Absicht, nach Polen auszuwandern, bekannt gegeben worden ist. Die Bekanntmachung hat in Landkreisen im Kreisblatt des Kreises zu erfolgen. In Stadtkreisen erfolgt die Bekanntmachung in der üblichen Weise.

Die Rheinlandkundgebung in Elberfeld.

Köln, 7. Okt. Auf der am 8. Oktober in Elberfeld auf der Hardt stattfindenden Rheinlandkundgebung werden Ansprachen halten: Pfarrer Korel-Niederingelheim, Landtagsabg. Ommert, Vertreter der Saarvereine, Professor Meister aus Münster, für den Verband der Rheinländer. Weitere Redner aus dem besetzten Gebiet haben ihre Teilnahme angesagt.

Schließung sämtlicher Gastbetriebe in Frankfurt (Main).

Frankfurt (M.), 7. Okt. Der Arbeitsausschuß des Frankfurter Gastgewerbevereins beschloß, mit dem 15. Oktober dem gesamten in Frankfurt (Main) beschäftigten Personal in den Gastbetrieben aller Art zu kündigen und mit dem 30. Oktober die Betriebe zu schließen. Die Schließung soll solange dauern, bis die Stadtverwaltung dem Gastgewerbe Garantien gegeben habe, von der Einführung der Nachthocker- und Schlemmersteuer abzusehen.

Das Schmuggelschloß.

Breslau, 7. Okt. Ueber eine Schmuggelbande, die sich mit dem Schmuggel im großen nach der Tschecho-Slowakei befaßte, werden folgende Einzelheiten berichtet: Das Haupt, Gutsbesitzer Wernelider aus Geppersdorf wurde von einem seiner Angestellten an die Behörde verraten, und ein Zollbeamter konnte daraufhin etwa 50 Frachtbriefe beschlagnahmen. Das Schloß des genannten Gutsbesitzers wurde durchsucht, wobei gewaltige Mengen Schmuggelgut beschlagnahmt wurden. Der Rentmeister, der Betriebsleiter und ein Kutscher wurden festgenommen. Der Gutsbesitzer hatte sich in Sicherheit gebracht. Von der Gutsverwaltung wurde vergeblich für die Freilassung der Festgenommenen eine Kaution von einer Million tschechischer Kronen angeboten.

Die Verhandlungen im Rathenauprozeß.

Leipzig, 6. Okt. Heute begann vor dem Staatsgerichtshof die Zeugenvernehmung in der Mordsache Rathenau. Der erste Zeuge ist Gutsbesitzer Erwin Behrends, der Onkel Techows. Er schilderte den Werdegang Ernst Werner Techows, der den Vater früh verloren hat und stellte ihn als einen weichherzigen Jüngling dar. Daß Ernst Werner an dem Mord beteiligt war, war dem Zeugen stets wunderbar. Er führte das auf den Unterordnungsgeist zurück, der dem Jüngling während seiner Freikorpszeit eingeimpft worden sei. Ernst Werner hat sich nach der Tat auf das Gut seines Onkels geflüchtet. Er hatte ihm gesagt, daß er von der Mordsache Kenntnis gehabt habe, aber nicht gewußt, daß das Attentat an jenem Morgen begangen werden sollte. Der Zeuge hat Ernst Werner der Kriminalpolizei ausgeliefert, um ihn vor der Lynchjustiz zu schützen. Von seinen Mittätern sei er vollständig im Stich gelassen worden. Nach der Vereidigung des Zeugen Behrends wurde die Vernehmung der Angeklagten fortgesetzt. Angeklagter Gustav Steinbeck hat dem Deutschnationalen Jugendbund, dem Deutschen Schutz- und Trutzbund und einer Reihe anderer rechtsstehender Organisationen, nicht aber der Organisation C angehört. Kern kannte er aus der Sturmkompagnie Killinger. Am Sonntag, den 18. Juni war er nach seiner Aussage mit Brand zusammengekommen. Von Rathenau sei nicht die Rede gewesen. Der Antrag des Verteidigers, für die Bekundungen des Angeklagten über Waffenverschiebungen die Oeffentlichkeit auszuschließen, da die Interessen des Reiches gefährdet seien, wurde vom Reichsgerichtshof als unbegründet abgelehnt. Der Angeklagte weigerte sich darauf, Auskunft über die Waffenverschiebungen zu geben. Er blieb aber dabei, daß die Autobeschaffung mit der Ermordung Rathenaus nichts zu tun habe. Daran schloß sich die Vernehmung des Garagebesitzers Schütt. Der Angeklagte Schütt wurde durch Niedrig mit Kern, Fischer und Günther bekannt, die bei ihm ein Auto unterstellen wollten, zu welchem Zweck wußte er nicht. Er nahm aber an, daß die Angeklagten Kriegsverbrecher seien, die flüchtig waren. Gegen ½2 Uhr habe er Techow auf dem Hofe angetroffen, als er an dem Auto herumhantierte. Techow habe ihm zugerufen: Wir — aber das weiß ich nicht genau — wir haben Rathenau erschossen. Schütt berichtet weiter, Techow habe ihm gesagt, es sei ihm sehr überraschend gekommen. Die Sache müsse gemacht werden, weil den rechtsstehenden Parteien das Geld ausgehe. Beisitzer Fehrenbach warf nun ein, daraus, daß Techow dem Angeklagten Schütt ohne weiteres die Mordtat mitgeteilt und so Kern und Fischer verraten habe, ziehe er den Schluß, daß Techow als eingeweiht betrachtet werden müsse. Nach der Mittagspause wurde zunächst Kriminalkommissar Fuß vernommen, der den Auftrag hatte, Techow von dem Gute seines Onkels, auf dem er sich versteckt hielt, abzuholen. Der Zeuge Behrends bestätigte die Darstellung des Kommissars. Hieran schloß sich die Vernehmung des Angeklagten Diestel, des Kompagnons des Schütt. Er gab eine Darstellung der Ereignisse vom Freitag abend. Den ganzen Nachmittag nach Techows Rückkehr habe Schütt mit ihm überlegt, ob sie die Sache anzeigen sollten. Sie seien zu dem Entschluß gekommen, es nicht zu tun, aus Furcht, daß man Rache an ihnen nehmen würde. Hierauf wurde der Angeklagte Kaufmann Voß vernommen, der von Günther ersucht worden war, eine Maschinenpistole zu besorgen. Er habe aber die Besorgung abgelehnt. Zum Schluß wurde der Angeklagte Tillessen vernommen. Infolge eines Unwohlseins des Angeklagten Günther wurde die Sitzung vorzeitig abgebrochen.

Vergiftete Pralines für die Angeklagten.

Leipzig, 7. Okt. Der Beginn der heutigen Verhandlungen im Rathenauprozeß verzögerte sich ungewöhnlich. Allerlei Gerüchte durchschwirren den Saal, die sich schließlich verdichteten, daß man Günther gestern vergiftete Pralines geschickt habe und daß sein Unwohlsein auf den Genuß dieser zurückzuführen sei. Auch Warnecke, Klinger und Schütt hatten ebenfalls von den Pralines gegessen. Warnecke sei gestern ebenfalls noch unwohl geworden, während die anderen keinen Schaden erlitten hätten. Um ¾10 Uhr erschien der Gerichtshof. Die Spannung ist aufs äußerste gestiegen. Vorsitzender Hagens wird erst allmählich verständlich. Er teilte mit, daß Warnecke und Günther durch irgend einen Unfall, der noch nicht aufgeklärt ist, heftig erkrankt seien und daß bei Warnecke ebenfalls die Verhandlungsfähigkeit für heute vollständig ausgeschlossen sei und diese auch bei Günther außerordentlich in Zweifel stehe. Da nach der Strafprozeßordnung die Verhandlungen in ununterbrochenem Zusammenhang und in Anwesenheit sämtlicher Angeklagten erfolgen müssen, so bleibt nichts anderes übrig, als die Verhandlungen heute aufzugeben und auf Montag vormittag 9 Uhr zu vertagen. Der Gerichtsarzt habe erklärt, daß er dafür eintreten könne, daß sowohl Günther wie Warnecke für Montag wieder verhandlungsfähig sein könnten.

Leipzig, 7. Okt. Ueber die Erkrankung der Angeklagten, die zu lebhaften Kommentaren Anlaß gab, erfährt das „Berl. Tagebl." noch folgende Einzelheiten: Am Donnerstag hatte der Angeklagte Günther ein Paket mit Schokolade erhalten, als dessen Absender war die Firma Sarotti in Berlin angegeben. Der Postaufgabestempel ließ erkennen, daß das Paket in Moabit aufgegeben war. Dem Paket war ein Brief beigefügt, der die Schokolade als Liebesgabensendung erscheinen ließ. Es handelte sich um gefülltes Konfekt. In der Freitagsverhandlung aß Günther von der Sendung und bot in der Mittagspause, während der sämtliche Angeklagte in einem besonderen Zimmer untergebracht waren, von der Schokolade an, die ebenfalls davon aßen. Am Freitag nachmittag fühlte sich Günther, der am meisten gegessen hatte, bereits stark unwohl, so daß endlich um 3 Uhr die Verhandlung abgebrochen werden mußte. In der Nacht zum Sonnabend erkrankten auch die anderen Angeklagten. Besonders heftig zeigten sich die Vergiftungserscheinungen bei Warnecke, der Magen- und Herzkrämpfe bekam. Aber auch bei Ernst Warnecke, Steinbeck und Tillessen zeigte sich heftiges Erbrechen. Der Direktor der Gefangenenanstalt ließ sofort durch den Gefängnisarzt sämtliche Angeklagten untersuchen und Beruhigungs- und Gegenmittel verabreichen. Trotzdem gelang es nicht, die Vergiftungserscheinungen bis zum Morgen völlig zu beheben. Bereits Sonnabend morgen machte der Strafanstaltsdirektor dem Oberreichsanwalt und dem Senatspräsid. von dem Vorfall Mitteilung. Oberreichsanwalt Ebermayer verfügte infolgedessen die sofortige Beschlagnahme des Pakets, das dem Gerichtschemiker zur Untersuchung übergeben wurde. Ueber das Ergebnis dieser Untersuchung liegt noch nichts vor.

Die Reparationsfrage.

Die deutschen Reparationsleistungen.

Newyork, 7. Okt. Das deutsche Konsulat in Newyork veröffentlichte am Freitag eine Berichtigung der Zahlenangaben der Reparationskommission über die deutschen Zahlungen. Die tabellarische Aufstellung des Konsuls weist 38 242 970 00 Mark nach.

Branting in Berlin.

Berlin, 7. Okt. Der schwedische Ministerpräsident ist gestern von Paris kommend in Berlin eingetroffen. Branting wird heute dem Reichspräsidenten Ebert einen Besuch abstatten.

Barthou bei Dubois.

Paris, 7. Okt. Der neue französische Vertreter in der Reparationskommission Barthou hat gestern in der Kommission bei seinem Vorgänger Dubois Besuch gemacht. Man nimmt an, daß Dubois am Dienstag der Kommission offiziell vorgestellt und bei diesem Anlaß zu ihrem Vorsitzenden gewählt wird.

Zweite Ratenzahlung Italiens an Oesterreich.

Wien, 7. Okt. Der italienische Gesandte Orsini Baroni hat dem Direktor der österreichisch-ungarischen Bank, Dr. Spritzmüller, mitgeteilt, daß die zweite Rate des italienischen Kredites im Betrage von 35 Millionen Lire flüssig sei und zur Verfügung der österreichischen Regierung stehe.

Der Oberkommissar für Oesterreich.

Wien, 7. Okt. Nach hier eingetroffenen Nachrichten soll dem Rotterdamer Oberbürgermeister Zimmermann angeboten worden sein, die Funktionen des Oberkommissars für die Völkerbundskontrolle über Deutsch-Oesterreich zu übernehmen. Nach einer anderen Meldung wird ein Studienkomitee unter Führung des Belgiers Sansen demnächst nach Wien kommen, um die Vorbereitungen für die Kontrolle zu treffen.

Der schweizerische Bundesrat für eine österreichische Hilfsaktion.

Paris, 7. Okt. Der schweizerische Bundesrat hat beschlossen, der Bundesversammlung eine Beteiligung in der Hilfsaktion zugunsten Oesterreichs bis zu einem Betrage von 20 Millionen Franken vorzuschlagen.

...rtrag der Rede Mac Kennas in Newyork.

Newyork, 7. Okt. Mac Kennas große Rede über die Frage der Reparationen und der internationalen Verschuldung wird hier günstig beurteilt. Es wird hier vielfach angenommen, daß die Schuldenkommission bei dem Kongreß um weitere Befugnisse nachsuchen wird. Bei der gegenwärtigen politischen Lage sei jedoch ein gänzlicher Schuldenerlaß vollständig ausgeschlossen. Indessen verbessern sich die Aussichten für einen partiellen Erlaß, der mit der Erfüllung der Reparationsfrage verbunden sein müsse.

Der Krieg im Orient.

Kemal Pascha stellt ein Ultimatum.

London, 7. Okt. Wie der Korrespondent der „Times" aus Konstantinopel meldet, hat Kemal Pascha an General Harrington gestern ein Ultimatum gerichtet, worin er innerhalb 24 Stunden eine Antwort über die Frage von Thrazien fordert und insbesondere die sofortige Räumung Thraziens durch die Griechen verlangt. Die Türken wollen ermächtigt werden, in Ostthrazien eine Zivilverwaltung einzusetzen und eine Anzahl Gendarme dorthin zu beordern. Nach Ablauf von 30 Tagen nach Rückzug der Griechen sollen sich auch die alliierten Truppen aus Thrazien zurückziehen. Wie verlautet soll Frankreich den türkischen Standpunkt unterstützen. General Harrington und der belgische Delegierte erklärten jedoch, keine dahingehenden Vollmachten zu besitzen und es ist möglich, daß Kemal Pascha die Frist zur Beantwortung des Ultimatums verlängern wird.

Kein Abbruch der Mudaniakonfenz.

Paris, 7. Okt. In Paris wird mit Nachdruck erklärt, daß die Konferenz in Mudania nicht abgebrochen, sondern nur unterbrochen worden ist.

Curzons eilige Reise nach Paris.

London, 7. Okt. Man rechnete gestern in London damit, daß Lord Curzon noch in der Nacht nach seiner Ankunft eine Besprechung mit Poincare haben wird. Man behauptet in gewissen Kreisen, daß die Reise Curzons nach Paris ein Anzeichen dafür sei, daß die Vertreter Frankreichs in Mudania sich in Meinungsverschiedenheiten mit den Engländern befinden.

Ein Engländer über den englisch-französischen Gegrnsatz.

Rom, 7. Okt. Das „Journal d'Italia" veröffentlicht Aeußerungen eines in Paris weilenden hervorragenden englischen Staatsmannes: „Ich eile aus Paris fort. Die französischen Kreise behandeln uns Engländer mit feindseliger Abneigung. Ebenso wird den Franzosen die Räumung von Tschanak nicht leicht verziehen. Bekanntlich beklagten sich die Franzosen gestern darüber, daß London in der Reparationsfrage Paris allzu sehr opponiere. Jetzt ist zu fürchten, daß Downingstreet die Mitteilungen des Quai d'Orsay überhaupt nicht mehr beachten wird".

Prinz Georg vor dem Ministerrat.

Belgrad, 7. Okt. Auf Wunsch des Königs wurde Prinz Georg noch gestern vor den Ministerrat geladen. Die einzelnen Minister bemühten sich, den Prinzen Georg zu veranlassen, sich der Entscheidung der Krone zu fügen und ständigen Aufenthalt in Nisch zu nehmen. Prinz Georg hörte schweigend die Darlegungen der einzelnen Minister an und erbat sich eine eintägige Bedenkzeit, die ihm auch gewährt wurde.

Aus dem Auslande.

Polen.

Die Eröffnung des ersten schlesischen Sejm.

Kattowitz, 7. Okt. Wie nunmehr feststeht, wird die Eröffnung des ersten schlesischen Sejm am Dienstag stattfinden. Die Sitzung wird durch den Minister des Innern Lamienski eröffnet werden. Der Woywode Rymer soll dem Parlament eine vorläufige Geschäftsordnung vorlegen, worauf nach Feststellung des Alterspräsidenten die Vertagung erfolgt. In der Mittwochsitzung soll die Wahl des Sejmmarschalls erfolgen. Interessant ist, daß in dem ersten polnischen Parlament in polnisch Oberschlesien als Alterspräsident ein Deutscher, Schulrat Scheponik, bis zur Wahl des eigentlichen Präsidenten die Geschäfte führen muß. Die beiden jüngsten Mitglieder, eine Dame und ein Herr, gehören dem nationalpolnischen Block Korfantys an.

Tschecho-Slowakei.

Ein Kabinett der Nationalsozialisten in Prag.

Prag, 7. Okt. Die Mission des Abgeordneten Svehla zur Kabinettsbildung ist gescheitert. Präsident Masarek verhandelt mit den Nationalsozialisten wegen Bildung des Kabinetts.

Spionage zugunsten Ungarns.

Prag, 7. Okt. Zu der am Samstag berichteten Verhaftung verschiedener höherer Offiziere in Brünn wird heute gemeldet, daß es sich um Spionage zugunsten Ungarns handele.

Herabsetzung von Eisenbahntarifen in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 7. Okt. Das tschecho-slowakische Eisenbahnministerium wird zwecks Steigerung des industriellen Exports neue Exporttarife einführen und die bereits bestehende Ermäßigung der Tarife für Holz und Glas noch weiter herabsetzen. Auch für Zucker wird eine Ermäßigung vorbehalten.

Italienisch-tschechoslowakische Beziehungen.

Prag, 7. Okt. Dr. Benesch fährt am Montag nach Venedig, wo er mit dem italienischen Außenminister Schanzer zusammentreffen wird. Von italienischer Seite wird eine Stefania-Nachricht verbreitet, die mit Zitat der römischen „Tribuna" versichert, in italienischen diplomatischen Kreisen werde die Zusammenkunft in Venedig als eine Wiederaufnahme der herzlichen Beziehungen zwischen Rom und Prag begrüßt, da es gelungen sei, in der österreichischen Frage eine Einigung herbeizuführen.

Italien.

Tiroler Protest gegen die Faszisten.

Wien, 7. Okt. Auf Antrag der deutsch-völkischen Arbeitsgemeinschaft fand gestern in Innsbruck eine Protestkundgebung gegen die Faszisten statt. Die Redner betonen, es denke niemand daran, an den Italienern, die sich in Nordtirol aufhalten, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Ein Faszistenüberfall in Innsbruck könne aber unabsehbare Folgen haben. Auf Ersuchen des Landeshauptmanns wurden die Grenzbehörden angewiesen, alle Einreisenden streng nach Waffen zu untersuchen.

Die italienische Staatskrise.

Rom, 7. Okt. De Facta ist gestern morgen nach Rom zurückgekehrt. Der Ministerrat wurde sofort einberufen. Im Vordergrund seiner Beratungen stand die innerpolitische Lage mit den Problemen, ob die Kammer aufgelöst und die Spitzen der Verwaltungen der neuen Provinzen gewechselt werden sollen. Die Faszisten besetzten die Gemeindehäuser zwischen Bozen und Salurn. Infolge der Teilung und Versetzung der sozialistischen Partei kündigt der Gewerkschaftsverband den Bundesvertrag und erklärt, seine Ziele ohne politische Auflehnung durch Klassenkämpfe aber mit nationaler Tendenz verfolgen zu wollen.

Letzte Drahtnachrichten.

Riesige Zunahme der Reichsschulden.

Berlin, 8. Okt. Nach einer amtlichen Uebersicht über die Finanzgebahrung des Reiches erfahren die schwebenden Schulden des Reiches an Diskont, Schatzanweisungen in der dritten Septemberdekade eine Zunahme von 69 748 432 Millionen Mark. Der Gesamtbetrag der schwebenden Schulden des Reiches ergibt somit 450 898 247 Mk. Davon sind 13 863 400 Mk. mit längerer Laufzeit vorgesehene Schatzanweisung; die übrigen sind mit dreimonatlicher Laufzeit bei der Reichsbank diskontiert.

Verschlimmerung im Befinden Warnekes.

Leipzig, 8. Okt. Das Befinden des Angeklagten Warnecke hat sich im Laufe des gestrigen Tages verschlimmert. Warnecke hat morgens Blut gebrochen und leidet an hohem Fiebe. Der Zustand Tillessens hat sich etwas gebessert. Techow leidet an Schwindelanfällen und Herzbeschwerden. Die Angelegenheit ist dem Oberstaatsanwalt zur weiteren Behandlung übergeben worden. Wie festgestellt wurde, haben auffallenderweise beide Pakete die Kontrollstation des Gefängnisses nicht passiert. Das zweite Paket war übrigens nicht an Günther sondern an Warnecke adressiert. Die eingeleitete Untersuchung durch den Gerichtschemiker Dr. Otto Schulze ergab, daß das Unwohlsein der Gefangenen nicht auf den Genuß von Speisen in der Gefangenenanstalt zurückzuführen ist. Die Krankheit trat bei Günther erst nach Genuß eines Herings auf.

Die Verhandlung im Fechenbach-Prozeß.

München, 8. Okt. Zu Beginn der gestrigen Verhandlungen im Fechenbachprozeß bemerkte der Vorsitzende, daß im Gegensatz zu anderslautenden Auffassungen auch unter den gelegentlichen Mitarbeitern des Bureaus Gargas sich solche befanden, die nicht immer einwandfreie Mitteilungen machten. Das Gericht trat dann in die Erörterung der von Fechenbach gemachten Einzelberichte ein. Es handelte sich zunächst um Auslassungen über den deutschen Botschafter in Paris Dr. Mayer, über den bayerischen Gesandten in Berlin Dr. v. Breger, über die Haltung Bayerns in der Reparationsfrage, über die nationalbolschewistische Bewegung in München und über die kommunistische Jugendbewegung. Für diese Artikel hielt der Staatsanwalt die Anklage nicht aufrecht, wohl aber wegen eines anderen Artikels, der sich mit der Haltung Bayerns in der Entwaffnungsfrage beschäftigt.

Revision der Reparationslasten.

Paris, 8. Okt. Nach einer Havas-Meldung aus Newyork gab Loucheur einem Vertreter der „Evening Post" eine Erklärung über die Reparationsfrage ab, in der er u. a. sagte, es gebe in der Welt nur einen bestimmten Vorrat an Gold und die Welt könne jährlich eine bestimmte Menge von Waren konsumieren. Das Reparationsproblem könne gelöst werden, wenn man diese beiden Grundsätze im Auge behalte. Man könne behaupten, Frankreich habe 1919 durch übertriebene Forderungen die Lösung dieser Frage unmöglich gemacht. Demgegenüber könnten amerikanische Delegierte auf der Friedenskonferenz und besonders die wirtschaftlichen und finanziellen Ratgeber Wilsons bezeugen, daß es Großbritannien gewesen sei, das durchaus in gutem Glauben bei allen Erörterungen die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschätzt hat, und daß die britischen Vertreter in dem Ausschuß, der die Reparationssumme festsetzen sollte, selbst erklärt hätten, Deutschland könne ohne Schwierigkeiten 200 Milliarden Goldmark bezahlen. Ferner versicherten die Vertreter Großbritanniens ebenso bestimmt, Deutschland sei unfähig, auch nur den vierten Teil dieser Summe zu bezahlen. Wenn das so sei, dann müßten alle Bestimmungen über die sich die Alliierten geeinigt hätten, revidiert werden.

Bedingte Zulassung der Russen.

Gesonderte Meerengen- und Thrazien-Konferenz.

Paris, 8. Okt. Gestern, um 2 Uhr nachmittags, wurden die Besprechungen zwischen Poincare, Curzon und dem italienischen Gesandten Galli wieder aufgenommen. Sie gingen um 4 Uhr zu Ende. Es wurde ein provisorisches Protokoll aufgesetzt, welches der englischen und der italienischen Regierung übermittelt wurde. Sobald die Zustimmung der beiden Regierungen eintrifft, soll das Protokoll veröffentlicht werden.

Man erklärt, daß auf dem Quai d'Orsay beschlossen wurde, die Bestimmungen der französisch-englisch-italienischen Note vom 3. September aufrechtzuerhalten, das heißt, daß die drei genannten Mächte auf der Friedenskonferenz eine Zuweisung Ostthraziens sowie der Maritza mit Adrianopel an die Türkei unterstützen werden unter der Bedingung, daß

1. die Regierung von Angora sich verpflichtet, weder vor oder nach der Konferenz bis zum Friedensabschluß Truppen in die neutrale Zone zu schicken und das Marmarameer nicht zu überschreiten. Der Friedensschluß müsse erst erfolgen, ehe eine militärische Besetzung Ostthraziens durch die Türken stattfinden könne.

2. Die Räumung Ostthraziens durch die griechische Armee und die griechische Zivilbevölkerung soll sofort beginnen und soll so rasch wie möglich, spätestens innerhalb eines Monats, vollzogen sein. Diese Räumung wird unter der Ueberwachung alliierter Truppen stattfinden, die gleichmäßig Griechen und Türken ihren Schutz angedeihen lassen. Erst einige Zeit nach der Räumung Ostthraziens durch die Griechen dürfte die türkische Militärverwaltung einziehen. Die Zivilverwaltung und die Gendarmerie darf früher einziehen, aber die Militärkontrolle der Alliierten bleibe weiterhin aufrechterhalten. Nach Abschluß des Friedensvertrages werden die alliierten Truppen zurückgezogen. Die Türken treten dann in die vollkommenen Besitzrechte Ostthraziens ein. In Konstantinopel, an den Meerengen, sowie auf Gallipoli bleibt die alliierte Besetzung bis zum Schluß des Friedensvertrages weiter bestehen.

Was diese Friedenskonferenz anbelangt, so glaubt man, daß der Wunsch der Türken, sie in Smyrna abzuhalten, abgelehnt werde, und es bestehe daher Aussicht, daß sie in Skutari stattfindet, aber nicht schon am 20. Oktober, wie die Türken es gewünscht haben, sondern erst am 1. November. Man spricht auch von der Möglichkeit, daß zwei Konferenzen abgehalten werden, nämlich eine eigentliche Friedenskonferenz, wobei die neue Grenze der Türkei festgesetzt und die Frage der Kapitulationen sowie verschiedene Finanzprobleme geregelt werden sollen, und eine zweite Konferenz, auf der das Meerengenproblem gelöst werden wird. Zu dieser Konferenz sollen alle Uferstaaten des Schwarzen Meeres zugelassen werden.

Bildung einer Ostentente.

Helsingfors, 8. Okt. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten hat sämtlichen sowjetrussischen Gesandtschaften bei den Staaten Mongolei, Persien und Afghanistan die Weisung gegeben, in der nächsten Zeit die Auffassung dieser Regierungen in der Orientfrage festzustellen, desgleichen die Schaffung eines Bündnisses mit Sowjetrußland und den kaukasischen Sowjetstaaten, der Türkei, Persien, Afghanistan und der Mongolei mit dem Ziel der Bildung einer Ostentente anzuregen. Der Vertreter Sowjetrußlands in Afghanistan hat der dortigen Regierung bereits den Vorschlag Sowjetrußlands mitgeteilt. In diesen Tagen wird die Ueberreichung einer ähnlichen Erklärung der Angoraregierung in Afghanistan erwartet. Wie in Moskauer politischen Kreisen verlautet, legt die Sowjetregierung auf die Bildung einer Ostentente zum Ausgleich der großen und der kleinen Entente in Europa große Hoffnungen.

Die Reform des Landessteuergesetzes.

Die Frage der Gewerbesteuer.

Ernent beschäftigte den Finanzpolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates die Novelle zum Landessteuergesetz. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums betonte, der Entwurf sei vollständig neu bearbeitet, und es habe dabei auch das Gutachten des Reichswirtschaftsrates Berücksichtigung gefunden.

In der Erörterung wurde von verschiedenen Seiten darauf hingewiesen, daß die den Gemeinden zugebilligten Anteile den ihnen auferlegten Lasten keineswegs entsprächen. Im besonderen sei die für Mehraufwendungen infolge von Besoldungsreformen vorgesehene Deckung nicht ausreichend. Bezüglich der Getränkesteuer wollte ein Mitglied an Stelle der Tarifsätze, bemessen nach der Menge des steuerbaren Getränkes, Prozentsätze, die nicht durch die Geldentwertung überholt werden, eingeführt wissen. Von anderer Seite wurde eine Revision der Sätze, die bei der allgemeinen Preissteigerung vom Erzeuger und Verbraucher drückend empfunden würden, verlangt.

Des weiteren betonten Vertreter aller Wirtschaftsgruppen, daß gleichzeitig mit dem Landessteuergesetz eine Regelung der Gewerbesteuer vorgenommen werden müsse, so etwa, daß eine Höchstgrenze der Besteuerung für die Gemeinden festgesetzt werde. Es müsse auf jeden Fall einer Ueberspannung der Gewerbesteuer vorgebeugt werden. Die augenblicklich herrschenden Zustände, daß die Gemeinden alle ihre Ausgaben mittels der Gewerbesteuer auf die Wirtschaft abwälzen könnten, seien unhaltbar. Zuschläge zur staatlichen Gewerbesteuer, die die Gemeinden noch dazu vom Ertrag, nicht nur vom Reingewinn, erheben, erreichten nicht selten 7000 bis 10 000 v. H. Die Handhabung der Gewerbesteuern im Reiche habe zudem zu einer unerträglichen Ungleichheit geführt.

Die Klärung aller dieser Fragen wurde einem Unterausschuß von 15 Mitgliedern übertragen, dem es freisteht, Sachverständige zu vernehmen.

Berliner Finanz- und Wirtschaftsbrief.

Die Markentwertung hat wieder einmal unheimliche Fortschritte gemacht. Nachdem das Steigen der Devisenkurse so lange die Preise unserer Lebenshaltung in die Höhe getrieben hat, erleben wir jetzt die umgekehrte Entwicklung, indem nämlich die ständige Verteuerung der Lebenshaltung eine Erholung der Mark verhindert und der starke Einfuhrbedarf die Devisenkurse noch mehr in die Höhe treibt. Von einem Dollarstande von vierzehnhundert, wie er nach dem Zustandekommen des Abkommens mit Belgien eine Zeitlang feste Gestalt anzunehmen schien, sind wir nun schon wieder auf einem solchen von zweitausendeinhundert angelangt, und sehr bald wird der Höchstkurs, den wir in den Tagen der Reparationskrise hatten, wieder erreicht sein. Darauf folgt dann wieder eine Verteuerung aller Einfuhrwaren und, auf dem Umwege über Löhne und Gehälter, unserer gesamten Lebenshaltung. Schon jetzt aber hat die Teuerung ein Tempo eingeschlagen, das kaum mehr als erträglich angesehen werden kann, und das über kurz oder lang auch eine Krise unserer Produktion zur Folge haben muß. Durch das Reichsmietengesetz ist eine Verteuerung der Mieten eingetreten, die wir kaum mehr allzu heftig empfinden und die in der Tat nur eine Entwicklung, die auf allen Gebieten längst eingetreten ist, in sehr abgeschwächten Ausmaß nachholt. Sicher aber ist, daß die Wohnungsbauabgabe in der bisherigen Höhe bei weitem nicht ausreicht, um angesichts der gewaltigen Preiserhöhungen auf den Baustoffmärkten eine Vermehrung der Wohnungen herbeiführen zu können. Eine Erhöhung der Wohnungsbauabgabe ist also unvermeidlich. Viel empfindlicher macht sich die Teuerung auf dem Gebiete der Lebensmittel geltend, und zwar am meisten die des unentbehrlichsten, des Brotes. Wie die Brotpreiserhöhungen, so jagen auch die Kohlenpreiserhöhungen einander mit beängstigender Geschwindigkeit, und die Dritte in diesem unheilvollen Bunde bildet die Tarifschraube der Eisenbahn und der Post, die überhaupt nicht mehr zur Ruhe zu kommen scheint. Nachdem erst am ersten Oktober die Güter- und Personentarife erheblich heraufgesetzt worden sind, wird bereits für den 15. Oktober eine neue sechzigprozentige Steigerung der Gütertarife angekündigt, von der nur die Kartoffel- und Obstsendungen ausgenommen werden sollen. Am 1. November folgt dann die schon festgesetzte abermalige Heraufsetzung der Personenfahrpreise der Eisenbahn, ohne daß ein Ende dieser Entwicklung abzusehen ist.

Unter diesen Umständen ist weder an ein Nachlassen des Geldentwertungsprozesses, noch an eine dauernde Behebung der Kapitalnot zu denken. Die Hausse an den Effektenmärkten, die übrigens bisher keineswegs einen Ausgleich der in Anbetracht der heutigen Geldentwertung viel zu niedrigen Industrieaktienkurse gebracht hat, dürfte sehr bald ihr Ende finden, wenn ein Teil des zurzeit der Effektenbörse zugewendeten Kapitalteils zur Anschaffung von ungeheuer verteuerten Devisen verwendet werden muß, teils in den Warenverkehr zurückströmen wird. Dazu kommt, daß der unbefriedigte Geldbedarf der Industrie kolossal groß ist. Fast alle Aktiengesellschaften warten nur darauf, daß die Beschaffenheit des Kapitalmarktes es ihnen gestattet, mit großen Kapitalserhöhungsplänen hervorzutreten. Viele aber können heute schon ihren Bedarf nicht länger zurückhalten und versuchen schon jetzt im Vertrauen auf eine kleine Entspannung der Geldknappheit ihr Kapital zu verstärken. Bei dieser allseitigen Inanspruchnahme des vorhandenen Geldes, das obendrein fortgesetzt weiterer Entwertung unterliegt, dürfte der Augenblick nicht fern sein, in dem aufs neue der Geldmangel auf allen Gebieten sich in drückendster Weise fühlbar macht. Dann werden auch die Effektenmärkte, wenn man von den Valutawerten absieht, wieder unter den Druck der Kapitalnot geraten; und alle Hausseshoffnungen werden bitter enttäuscht werden. Vorläufig ist es freilich noch nicht so weit, und das Publikum bleibt hoffnungsfreudig und sehnt sich nach Spekulationsgewinnen, um den Vermögensschwund an Goldwert einigermaßen ausgleichen zu können. Bisher ist ihnen auch der gute Geschäftsgang der Industrie, der in allen Geschäftsberichten zum Ausdruck kam, förderlich gewesen. Zahlreiche Gesellschaften konnten ihre Dividenden erheblich steigern. Es sei nur der Laurahütte gedacht, die soeben die Verteilung einer 30prozentigen anstatt im Vorjahr einer 10prozentigen Dividende vorgeschlagen hat. Aber in neuester Zeit lauten auch die Berichte aus der Industrie weniger günstig. Die preußischen Handelskammern weisen auf die großen Schwierigkeiten hin, die Industrie und Handel daraus entstehen, daß die zur Fortführung der Betriebe nach der großen Geldentwertung erforderlichen Mittel nicht oder nicht in genügendem Umfang beschafft werden können. Dazu kommt, daß auch die Auftragsbestände allgemein zurückgegangen sind. Die inländische Kaufkraft ist durch die Teuerung geschwächt, und das Ausland stößt sich vielfach an den stark schwankenden Preisen und der Valutafakturierung zu, der ein großer Teil unserer Exportgeschäfte sich gezwungen sahen. Hierzu kommt die Unübersichtlichkeit der ganzen Lage angesichts der im November erwarteten Brüsseler Konferenz, auf der das ganze Reparationsproblem neu aufgerollt werden soll. So mahnt die ganze Entwickelung zu äußerster Vorsicht, und das Reichsarbeitsministerium tat wohl recht daran, als es besondere Vorkehrungen zu treffen beschloß für den Fall, daß im kommenden Winter durch ein Nachlassen des Absatzes eine umfangreiche Arbeitslosigkeit einsetzen sollte. Hoffentlich erweist sich diese Voraussicht schließlich doch als zu pessimistisch, denn unerschwingliche Teuerung und Arbeitslosigkeit gleichzeitig würden für unser ohnehin in seiner Widerstandskraft so stark erschüttertes Volk eine zu starke Belastungsprobe darstellen.

Handelsteil.

Devisenmarkt.

Essen, 7. Okt. Bei sehr unsicherer Stimmung waren die Kurse stärkeren Schwankungen unterworfen. Nachdem zeitweise auf Nachfrage ein merkliches Steigen im Preise erfolgt war, trat später ein Umschlag ein. Um 11 Uhr nannte man vorwiegend Briefkurse, so hörte man für den Dollar, der bereits 2260 notiert hatte, um diese Zeit 2205 England 9750, Holland 85 500, Frankreich 17 000, Belgien 16 000.

Stadtverordnetensitzung in Castrop.

♂ **Castrop, den 7. Oktober 1922.**

Unter dem Vorsitz des Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels begann Samstag eine Stunde später, als ursprünglich angesetzt war, die Sitzung der Stadtverordneten. Mit Ausnahme der 3 Volksparteiler waren fast alle Mitglieder erschienen. Die ursprünglich fehlenden Stadtv. O. Lambertz und Cohen kommen später und machten das Haus nach dem Abzug der Sozialdemokraten wieder beschlußfähig.

Zunächst wurde anstelle des ausgeschiedenen Stadtv. Porankiewicz Herr Schnettelker als Stadtverordneter eingeführt. Sowohl der Bürgermeister als auch der Vorsteher begrüßen ihn als altes bewährtes Mitglied der Stadtverordnetenversammlung mit warmen Worten, wofür der Geehrte herzlichst dankt und sein Bestes im Interesse der Stadt zu leisten verspricht.

Konfliktsfortdauer im Stadtparlament.

Stadtv. Jähn stellt namens der sozialdemokratischen Fraktion den Antrag, die Wahl des unbesoldeten Beigeordneten vor den übrigen Punkten der Tagesordnung zu erledigen.

Stadtv.-vorsteher Dr. Pegels erinnert an das Schreiben, das die Zentrumsfraktion der sozialdemokratischen Fraktion hat zugehen lassen.

Stadtv. Jähn erwidert, daß der Standpunkt seiner Fraktion unverändert sei.

Stadtv. H. Meyer: Wir bestehen auf unserem Vorschlag auch heute noch und legen Wert auf die Feststellung, ob die sozialdemokratische Fraktion in ihren Entschlüssen selbständig oder der Bevormundung des Zentrums unterstellt ist.

Stadtv. Rinke: Das Zentrum steht nach wie vor auf demselben Standpunkt. Aus sachlichen nicht persönlichen Gründen ist es der Ueberzeugung, daß neben 2 städtischen Beamten ein Bürger Beigeordneter werden müsse und nicht noch ein 3. städt. Beamter gewählt werden dürfe. Persönliche Momente scheiden, wie ich besonders betone, hier vollkommen aus. Wir würden viel eher für die schwebende Frage zu haben sein, wenn es sich darum handelte, einen besoldeten Beigeordneten zu wählen (Hört! Hört! des Stadtv. Klein.) Aber als unbesoldeter muß ein Bürger gewählt werden.

Stadtv. H. Meyer bedauert es, daß der Vorredner, der doch selbst Beamter ist, einem Beamten Recht und Fähigkeit zur Bekleidung eines solchen Amtes abspricht und dadurch zum Bürger 2. Klasse stempelt.

Stadtv. Rinke: Stadtv. Meyer hat mich anscheinend nicht richtig verstanden. Ich will den Beamten das Bürgerrecht nicht schmälern, aber es liegt im Interesse der Allgemeinheit, daß neben 2 städtischen Beamten ein Bürger Beigeordneter wird. Das ist ein Erfordernis der Demokratie.

Stadtv. Klein: Das Zentrum hätte früher daran denken sollen. Damals wählte es 2 städtische Beamte. (Zuruf: Aber auch den Arbeitervertreter Rediger!)

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Ich halte angesichts der hier zu Tage tretenden Meinungsverschiedenheiten die Sache noch nicht für spruchreif und halte eine Vertagung für angebracht, damit die beiden Fraktionen sich nochmal besprechen können.

Stadtv. Klein: Für uns ist die Sache spruchreif. Wir bestehen auf unserem alten Standpunkt und lehnen nach wie vor jede Bevormundung ab.

Stadtv. Rinke meint, daß von Bevormundung keine Rede sein könne. Der Wunsch, daß neben 2 städtischen Beamten ein Bürger gewählt würde, sei natürlich und berechtigt.

Auf Vorschlag des Stadtv.-Vorstehers tritt dann eine Unterbrechung der Sitzung auf 5 Minuten ein, in der sich die Parteien nochmals beraten sollen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung übergibt Dr. Pegels den Vorsitz dem 2. Vorsitzenden Stadtv. H. Meyer und ergreift, nachdem Stadtv. Klein nochmals zu den Aeußerungen Rinkes und Pegels Stellung genommen und Verwahrung gegen die Gewaltpolitik und die Diktatur des Zentrums eingelegt hatte, die schon seit Jahr und Tag geübt würde, und für seine Fraktion gleiches Recht der Handlungsfreiheit beanspruchte, das Wort zu einer Erklärung namens seiner Fraktion. Zunächst wendet er sich noch zu den letzten Aeußerungen des Stadtv. Klein und stellt fest, daß nicht nur die Zentrumsfraktion, sondern die Bürgerschaft dafür sei, daß neben den 2 städtischen Beamten ein Bürger gewählt werde, damit man vor Geheimniskrämerei auf der Verwaltung geschützt sei. Von diesem Standpunkt weiche seine Partei kein Jota ab. Wenn Sie sich, um einen Ausdruck des Stadtv. H. Meyer zu gebrauchen, erdreisten, auf Ihrem Plan zu bestehen, dann können Sie darüber alt werden. Ich wundere mich überhaupt daß Sie bei dieser Lage der Dinge heute hier erschienen sind. Sie kannten unseren Standpunkt ganz genau aus dem Schreiben, das wir Dienstag an Ihren Vorsitzenden richteten. Wir haben persönlich nichts gegen Herrn Meyer. Aber wenn Sie auf Ihrem Standpunkt bestehen, dann läßt sich mit uns nicht reden. Vor Monaten ist schon in der Stadt gesagt: Ein paar Monate ist Meyer unbesoldeter und bald besoldeter Beigeordneter. Das ist die Situation. Die Sozialdemokraten sollten aus ihren Wählern einen namhaft machen, der unserer Forderung entspreche und man werde sofort zustimmen. Da heute keine Aussicht besteht, daß in diesem Sinne eine Einigung erzielt wird, und wir nicht gern unnütze Arbeit machen, so beantrage ich namens meiner Fraktion die Vertagung der Angelegenheit.

Stadtv. Klein: Das Zentrum befürchtet, daß durch das Hineinkommen unseres Kandidaten in den Magistrat die Bevölkerung zu viel zu hören bekommt.

Dem Schlußantrag wurde seitens der Mehrheit zugestimmt, was den Stadtv. Klein zu der Bemerkung veranlaßt, daß das ja immer so Mode sei, wenn es den Leuten vom Zentrum unbequem werde.

Die sozialdemokratische Fraktion verläßt dann mit Ausnahme des Stadtv. H. Meyer den Saal, dieser folgt, nachdem die übrigen Stadtverordneten einstimmig die Vertagung beschlossen hatten.

Es folgen dann

Ersatzwahlen.

In den Verwaltungsausschuß und die Finanzkommission wird Stadtv. Johannsen für das ausgeschiedene Mitglied Porankiewicz gewählt. In die Schlachthofkommission kommt für Herrn Reutter Herr Seeßnek.

Wahl zum Schulausschuß des Realgymnasiums.

Es sind zu wählen 3 Stadtverordnete und 4 Bürger. Stadtv. Vogel, Stadtv. Rinke und Stadtv. Lindemeyer, Bauunternehmer Vogt und Schmied Heinrich Schraube. Dechant Kewelob und Pastor Balster werden gewählt.

Erweiterung der Gesundheits-Kommission.

Nach einer Verfügung des Regierungspräsidenten vom 8. Juli cr. wird die Zuziehung eines Tierarztes als Sachverständigen zu den Sitzungen der Gesundheitskommissionen gewünscht. Magistrat hat beschlossen, den Tierarzt Schlachthofdirektor Dr. Wilpers zu den Sitzungen der Gesundheitskommission zuzuziehen und bringt ihn als ständiges Mitglied in Vorschlag.

Die Stadtverordneten sind einverstanden.

Festsetzung des Bauungs- und Kulturplanes für 1922-23.

Es sind vorgesehen: a) Einnahmen: für Holzbenutzung 24 600 M, davon ab Werbungskosten 2240 M; b) Ausgaben: für auszuführende Kulturarbeiten 2000 M.

Stadtv. Graf bittet, zu sorgen, daß die Neuanpflanzungen in der Holzstraße mehr geschont werden.

Dem Plan wird zugestimmt.

Zuschuß zur Errichtung eines Zahlbezirksbürogebäudes des Allgemeinen Knappschaftsvereins.

Durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. Mai 1922 ist dem Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum zur Errichtung eines Geschäfts- und Wohngebäudes in Castrop ein Zuschuß in Höhe von 400 000 M bewilligt worden. An die Bewilligung des Zuschusses wurde die Bedingung geknüpft, daß bei einem evtl. Verkauf des Gebäudes der Stadt das Vorkaufsrecht eingeräumt wird mit der Möglichkeit, das Gebäude zu dem Tageswert, der den Selbstkostenpreis abzüglich üblicher Abschreibungen nicht überschreiten darf, zu erwerben und daß weiterhin die Wohnungen in diesem Jahre noch bezugsfähig zu machen sind. Der Allg. Knappschaftsverein ist bereit, auf die erstere Bedingung einzugehen, wenn diese auf 25 Jahre beschränkt wird. Die weitere Bedingung, die Wohnungen noch in diesem Jahre bezugsfähig zu machen, kann nicht erfüllt werden, da mit der Ausführung der Arbeiten erst in Kürze begonnen werden soll. Die Errichtung des Baues soll jedoch mit der größtmöglichsten Beschleunigung erfolgen.

Der Magistrat hat beschlossen, auf die von dem Allg. Knappschaftsverein gemachten Vorschläge einzugehen und der Stadtverordneten-Versammlung die Annahme derselben zu empfehlen.

Die Stadtverordneten fanden dagegen nichts zu erinnern außer Stadtv. Leßmann, der der Ansicht ist, daß die Stadt Schuld daran sei, daß der Bau so lange verzögert wurde.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels entgegnet, daß die Knappschaft zwischen Thomas- und Viktoriastraße lange geschwankt habe.

Beigeordneter Schmitz bestätigt dieses in längeren Ausführungen, die dartun, daß die Verzögerung nicht von der Stadt herbeigeführt wurde.

Erhöhung der Armen-Unterstützungssätze.

Durch die fortschreitende Geldentwertung sind die an die Armen gezahlten Unterstützungsbeträge völlig unzureichend geworden. Armen-Deputation und Magistrat haben übereinstimmend die Erhöhung der bisherigen Unterstützungssätze um 100 v. H. beschlossen. In einer Sitzung der Vertreter der Ortsbehörden des Landkreises wurde der gleiche Beschluß gefaßt. Die Unterstützungssätze betragen nach den erwähnten Beschlüssen nunmehr monatlich a) für eine alleinstehende erwachsene Person 1000 M (bisher 500 M); b) für jedes Kind unter 14 Jahren 600 M (bisher 300 M). Die hierdurch bedingte Mehrausgabe von 264 000 M soll den vorhandenen Etatsmitteln XI C 1922 entnommen werden. Infolge der herrschenden Notlage sind die Mehrbeträge bereits an die Unterstützungsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels hält auch diese Sätze noch für zu niedrig und legt dem Magistrat nahe, zu erwägen, wie den Armen besonders für den Winter geholfen werden kann.

Bürgermeister Wynnen: Für die Kartoffel- und Kohlenversorgung ist alles schon geschehen. Bei weiterer Geldentwertung wird weiteres geschehen.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels: Daran dachte ich nicht, sondern an eine große Hilfsaktion der gesamten Bürgerschaft im Interesse der wirklich Armen, nicht nur der Armen, die sich auf dem Armenbureau melden, sondern auch der verschämten Armen, insbesondere auch der Sozialrentner.

Bürgermeister Wynnen: Für die Kartoffel sind der Stadt 300 000 Mark für verschämte Arme überwiesen. Wir haben uns zunächst an die charitativen Frauenvereine gewandt. Er erbittet sich für die Namhaftmachung verschämter Arme die Unterstützung des Kollegiums.

Stadtv.-Vorst. Dr. Pegels fordert das Kollegium auf, auch Fälle, wo Unwürdige unterstützt wurden, zur Anzeige zu bringen.

Stadtv. Holtkotte stellt fest, daß die Bergarbeiterlöhne und somit auch die Entlohnung aller Arbeiter nicht mit der Teuerung der Waren Schritt gehalten habe. Es sei viel Not zu lindern, insbesondere bei den Sozialrentnern. Er weist auf das Beispiel des Siegerlandes hin, wo die Arbeiterschaft 1% des Arbeitslohnes für die Zeit von einem Monat für die Armen zur Verfügung stellt.

Stadtv. Altenhein heißt den Vorschlag des Vorsitzenden gut. Seine Ansicht über die Höhe der notwendigen Summe wird vom Vorsitzenden nicht geteilt, der mindestens ½ Million Mark eher weit mehr für erforderlich hält und die Ausführung des Planes zur Unterstützung der offenen und verschämten Armen dem Magistrat zu überweisen bittet.

Das Kollegium stimmt diesem Vorschlag zu, ebenso auch der Erhöhung der vorgeschlagenen Armenunterstützungssätze.

Stadtv. Frau Dr. Keymer teilt mit, daß die den Armen zugeteilten Kartoffeln zu früh beschafft seien. Sie fingen schon an zu faulen, weil sie nicht ausgereift seien.

Erhöhung der Baugebühren.

Der Magistrat hat beschlossen, daß an Stelle des Teuerungszuschlages von 200 Prozent ein solcher von 500 Prozent tritt. Die hernach sich ergebenden Sätze entsprechen dem 15fachen Betrag der in Friedenszeit erhobenen Gebühren.

Das Kollegium stimmt ohne Erörterung zu.

Erhöhung des Schulgeldes für die höheren Schulen und die Berufsschule.

Infolge der Gehaltserhöhungen der Lehrer und Beamten sind die Ausgaben für das Realgymnasium, die Höhere Mädchenschule und die Berufsschule erheblich gestiegen. Dazu kommen noch die Mehraufwendungen für die sachlichen Ausgaben, wie Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Gebäude. Zur Deckung eines Teiles dieser Mehrausgaben ist die Erhöhung des Schulgeldes und der Schulbeiträge mit Wirkung vom 1. Oktober cr. vorgesehen. An Schulgeld soll erhoben werden: a) Realgymnasium für einheimische Schüler (1200) 2400 M, für auswärtige (2400) 3000 M. Die Mehreinnahme beträgt für 6 Monate: 208 000 M. b) Höhere Mädchenschule für einheimische Schülerinnen (800) 1600 M, für auswärtige (1200) 2400 M. Die Mehreinnahme beträgt für 6 Monate: 115 000 M. c) Gewerbliche Berufsschule (Schulbeiträge), die keiner Gewerbesteuerklasse angehören und zwar: für Gewerbetreibende der 4. Gewerbesteuerklasse 30 M, der 3. Gewerbesteuerklasse 100 M, der 2. Gewerbesteuerklasse 140 M, der 1. Gewerbesteuerklasse 180 M. Einheimische freiwillige Schüler und Schülerinnen zahlen für die Halbjahrs-Wochenstunde 10, Auswärtige 12 M. Die Mehreinnahme beträgt für 6 Monate rund 27 250 M, davon entfallen entsprechend der Schülerzahl auf die Stadt etwa 15 000 Mark.

Nach längerer Aussprache wurde dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt, ebenso der Erhöhung der Vergütung für den nebenamtlichen Unterricht an den höheren und der Berufsschule und zwar unter Ermächtigung des Magistrats, weitere durch den Minister verfügte Erhöhungen sofort zur Auszahlung zu bringen, nachdem sich Stadtv. Tillmann dafür einsetzte.

(Schluß folgt.)

Aus Castrop und Umgegend.

⊙ **Vom städtischen Wohlfahrtsamt** wurden 16 skrophulöse Kinder auf 4 Wochen zur Erholung nach Salzkotten geschickt.

* **Rückkehr von Erholungskindern.** Die Kinder von Iserlohn kommen heute Montag zurück. Die Eltern mögen sie um 2,05 Uhr vom Bahnhof Castrop abholen.

§ **Die Notbremse** wurde am Donnerstag abend im letzten Zuge von Dortmund auf der Strecke Merklinde-Castrop wieder gezogen. Zwei Männer, die vermutlich als Täter in Frage kommen, wurden zwecks Feststellung der Personalien festgenommen. Es handelt sich um Leute aus Holten.

♀ **Westkauf-Markttage in Wesel.** Eine neue Einrichtung ist im Interesse der schnelleren Vermittlung von Lebensmitteln durch die jeden Dienstag von 9—1 Uhr im städtischen Schlachthofe in Wesel stattfindenden Westkauf-Markttage geschaffen worden. In den dort befindlichen Westkauf-Lagerräumen geben sich allwöchentlich die Produzenten von Lebensmitteln und die Handelskreise ein Stelldichein, um durch Verquickung von Angebot und Nachfrage den Warenweg zu erleichtern. Es besteht begründete Hoffnung, daß diese Einrichtung weitestgehendes Interesse finden und dem Verlangen nach engerer Verbindung zwischen Landwirt und Verbraucher ein gut Teil Genüge leisten wird.

❑ **Rauxel.** (Ein junger Schwindler.) suchte am Freitag einen Landwirt in Rauxel-Dorf heim. Er sah ziemlich abgerissen aus und wurde aus Mitleid aufgenommen. Er gab an, am 10. 9. 08 in Rauxel geboren zu sein, Heinrich Suttner zu heißen und zuletzt bei Anstreichermeister Franke auf der Kampstraße beschäftigt gewesen zu sein. Er will außerdem die Klosterschule bei Rektor Wiese in Dortmund besucht haben. Obwohl diesen Angaben erwies sich jedoch alles als „Dichtung", nichts war „Wahrheit". Leider kam man erst dahinter als der freche Schwindler am Samstagmorgen von einem Besorgungsgang nicht zurückkehrte. Er hatte dabei 1 Paar Schuhe des Knechtes und die Jacke des Sohnes mitgenommen.

Aus dem Emschertal.

⚠ **Habinghorst.** (Schon wieder!) Ungefähr an derselben Stelle, wo die Polizei, wie wir jüngst meldeten, für 60 000 Mk. Draht aufgedeckt aufgefunden hat, an der Böschung am Kanal wurde in der Nacht zum Samstag aus der Starkstromleitung für über 100 000 Mk. Draht gestohlen.

Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen.

84 (Nachdruck verboten.)

Carry sandte durch ihren Tränenschleier hindurch dem alten Herrn einen dankbaren Blick zu und dann putzte sie sich umständlich die kleine dicke Nase und den Mund und alles, was sie irgend zu putzen fand, und seufzte sehr rührend und legte das schwarze Köpfchen auf die Seite und begann endlich in einem schüchternen Piano, das sehr lieb und kindlich klang: „Herr Justizrat müssen Geduld mit mir haben, ich bin noch so sehr schwach, ich kann wirklich noch gar keinen selbständigen Entschluß fassen — aber ich will alles tun, was Herr Justizrat für richtig halten."

„Ja, meine liebe gnädige Frau," erwiderte der alte Herr mild lächelnd; „ich kann Ihnen vorläufig noch gar keinen Rat geben, denn mir sind die Gründe Ihrer Trennung aus der Erzählung der Frau Doktor Breyer nicht klar geworden. Sie beschweren sich über ungerechte Vorwürfe und unbegründete Eifersucht, wenn ich recht verstanden habe?"

„Ach Gott, Herr Justizrat, wenn Sie wüßten, was für harte Worte gefallen sind!" flüsterte Carry fast geheimnisvoll. „Und ich habe ihm wirklich nicht die geringste Ursache gegeben."

„Ja aber, so was kommt schließlich in jeder Ehe mal vor," sagte der Anwalt achselzuckend. „Sie haben auf diese Vorwürfe durch Entfernung aus dem Hause reagiert, das nennt das Gesetz böswillige Verlassung. Hat Sie denn Ihr Gatte offiziell aufgefordert, zu ihm zurückzukehren?"

„Nein. Er hat mir überhaupt gar nicht geschrieben; und denken Sie: keinen Pfennig Geld hat er mir geschickt!"

„Ja, dazu ist er auch nicht verpflichtet, wenn Sie ohne seine Zustimmung das Haus verlassen haben."

„Aber ich konnte mich doch nicht anders wehren. Ich hatte immer noch gehofft, er würde mich wieder holen und um Verzeihung bitten. Wie er aber gar nicht kam und mein Herz zu Ende war und ich hier keine bekannte Seele finden konnte, da packte mich die Verzweiflung!"

„Ja — das ist sehr traurig, meine gnädige Frau — aber alles noch kein Scheidungsgrund vor dem Gesetz."

„Das soll kein Scheidungsgrund sein," rief Carry auf einmal, als hätte ihr plötzlich ihr Temperament wieder entdeckt, „wenn ein Mann seine Frau beinahe in den Tod treibt?!"

„Sie wissen wohl nicht," warf Frau Tina erklärend ein, „daß sie sich hat mit Strychnin vergiften wollen? Zufällig wurde mein Mann zu Hilfe gerufen und dem ist es ja dann auch gelungen, sie zu retten."

„Hm, hm, hm — also so ernst war es gemeint?" murmelte der alte Herr, sein weißes Köpfchen schüttelnd und sich in dem kurzgehaltenen Vollbart krauend. Seine gutmütigen, schon ein wenig greisenhaft geröteten Augen ruhten voll Mitleids auf der armen kleinen Frau. „Wie haben Sie sich denn hier das Strychnin verschaffen können, wo Sie doch fremd waren und keine Bekannten hatten?"

Da blickte Frau Carry ganz treuherzig zu ihm auf und sagte, als ob das etwas Selbstverständliches sei: „Das Gift, das hat mir mein Mann gegeben."

„Was?! Ihr Mann?"

Und fast gleichzeitig mit dem Justizrat rief Frau Tina: „Dein Mann? Ach, nein, Carry, davon hast du uns ja noch gar nichts erzählt!"

„Ja natürlich!" fuhr Carry fort. „Mein Mann sagte, es wäre am besten für ihn und die ganze Familie und für mich auch, wenn ich mich aus dem Wege räumen würde. Und da hat er mir seinen Giftschrank aufgeschlossen und hat gesagt, ich sollte nur gefälligst wählen. Und damit ist er 'rausgegangen. Und da habe ich mir aus der ersten besten Glasbüchse was in ein Papierchen geschüttet, und das habe ich im Portemonnaie immer bei mir getragen. Wenn das Zeug nicht so greulich bitter schmeckte, würde ich gewiß mehr davon hinunterbekommen haben — und dann hätte es sicher geholfen."

Der Justizrat sprang von seinem Stuhl auf: „Herrgott, das ist ja entsetzlich! Teufel, Teufel noch eins! — Ja, aber — da haben wir ja den Scheidungsgrund! Warum haben Sie denn das nicht gleich gesagt, meine gnädige Frau! Da hat ihnen ja Ihr Herr Gemahl ganz offenbar im Sinne des Gesetzes nach dem Leben getrachtet!"

„Ach Gott — Herr Justizrat — Sie werden das doch nicht vor Gericht bringen?" rief Frau Carry erschrocken und nahm ihre Unterlippe zwischen die Zähne; ihr Oberzähne waren sehr weiß und wohlgewachsen.

„Ja aber ganz ohne Zweifel!" erwiderte jener verwundert. „Daraufhin können Sie sicher auf die Scheidung rechnen, und Ihr Herr Gemahl wird für den allein Schuldigen erklärt."

„Ach Gott — mein armer Mann!" sagte da Carry mit einem so kindlich erschrockenen Ausdruck, daß nicht nur der gutherzige alte Herr, sondern sogar Frau Doktor Breyer dadurch gerührt wurde.

Und diese Dame gab der Freundin einen kleinen Puff und raunte ihr zu: „Nu hör mal eins — da hört's doch auf! Du wirst mit dem Menschen auch noch Mitleid haben?"

Und Carry: „Ach, er war so furchtbar aufgeregt — er hat es gewiß nicht so gemeint. Das könnte ich nicht ertragen, wenn der arme Philipp deshalb verurteilt würde!"

„Ja wollen Sie etwa lieber die Schuld auf sich nehmen?" rief der Justizrat beinahe ärgerlich. „Vergessen Sie nicht, daß dann Ihnen höchst wahrscheinlich die Kinder abgesprochen werden! Außerdem fällt natürlich die Rente viel kleiner aus, die Ihr Gatte Ihnen zahlen muß."

Da stand Carry auf und sagte mit einem Ausdruck, als ob sie damit die Unterredung abbrechen wollte: „Nein, von meinen Kindern lasse ich mich auf keinen Fall trennen!"

Der Justizrat trat zu ihr, nahm ihre rechte Hand zwischen seine beiden und begann väterlich mahnend: „Nun sagen Sie mir einmal aufrichtig, meine liebe gnädige Frau, was Ihr Herz zu der ganzen Geschichte meint? Es kommt mir ganz so vor, als ob Sie imstande wären, Ihrem Manne trotz allem, was vorgefallen ist, zu verzeihen und zu ihm zurückzukehren."

„Ach Gott, ja!" erwiderte die kleine Frau mit innigem Nachdruck: „So gern, so gerne! Wenn er nur alles einsieht und mich um Verzeihung bittet."

„Na, das ist doch ein Wort!" lächelte der alte Herr gerührt, indem er die kleine fette Hand in dem feinen Glaceleder freigab. „Wenn Sie mir erlauben wollen, das Vermittleramt zu übernehmen, so will ich mir alle Mühe geben, in ihrem Sinne einen Erfolg zu erlangen."

Frau Carry bedankte sich, machte einen sehr schönen Abschiedsknicks und ging schon auf die Tür zu, als ihre Freundin sie erinnerte, daß sie doch eigentlich noch ein andres Anliegen an den Herrn Justizrat gehabt habe.

Und nun blieb Frau Carry auf der Schwelle stehen, errötete kleidsam und sagte mit schüchtern zu Boden gesenktem Blick: „Ach ja — wenn Herr Justizrat es nicht übelnehmen wollen — ich — ich möchte so gern etwas Geld verdienen — wissen Sie, damit mein Mann sieht, daß ich nicht ganz von ihm abhänge, und ich nötigenfalls auch auf eigenen Füßen stehen kann. Ich habe ein sehr schönes Vermögen mit in die Ehe gebracht, aber das hat mein Mann im Geschäft gebraucht — ich glaube wenigstens, es ist nichts mehr da — Ich bin also darauf angewiesen . . ."

„So so! — Na — und womit wollen Sie denn Geld verdienen?"

„Ach Gott — ich weiß nicht — ich dachte mir, ich wollte Maschinenschreiben lernen. Stenographie habe ich schon etwas gekonnt, aber schon wieder vergessen. Ich dachte, daß ich dann vielleicht bei einem Herrn Rechtsanwalt oder so . . ."

Der alte Herr lachte gutmütig und sagte: „Brav! brav! Kann ich nur loben! Na, ich will Ihnen was etwas sagen, gnädige Frau: kommen Sie morgen halb Neun in meine Privatwohnung, die ist eine Etage höher. Ich werde mit meinem Schreiber sprechen; wird dann mit der Maschine da sein und Ihnen täglich eine halbe Stunde Unterricht geben. Und dann können Sie ja selbst weiter üben. Sie kriegen ein Zimmer da oben, wo sie ganz ungestört sind. Und wenn erst einige Uebung haben, dann können Sie für mich etwas mitarbeiten. Zu schreiben gibt es immer genug."

„Ach Herr Justizrat sind zu gütig!" sagte Carry mit einer gewissen Hingerissenheit, indem sie nach der Hand des guten alten Herrn griff, so rasch, als wollte sie einen dankbaren Kuß darauf drücken. Davon nahm sie nun aber doch Abstand, wohl infolge eines Blickes, den die Freundin ihr zugeworfen. Es wurden noch einige Abschiedsredensarten gewechselt und dann ließen die beiden Damen das Zimmer.

Die Kanzlei des Justizrats Bernhardi lag in der Dienerstraße, dicht am Marienplatz, und während die beiden Damen über den Platz weg nach der Trambahnhaltestelle zuschritten, redete Frau Breyer eifrig auf die Freundin ein, warum in aller Welt sie denn nicht ihnen gegenüber hätte verschweigen können, daß ihr Mann selbst ihr das Gift aufgenötigt habe.

„Aufgenötigt habe ich doch nicht gesagt!" wehrte Carry ängstlich ab. „Ich wünschte, ich hätte überhaupt nichts gesagt. Ich bitte dich nur um Gottes willen, schweige über diese ganze Geschichte!"

Fortsetzung folgt.



Fischer Dortmund

Trotz des hohen Dollarstandes

können Sie moderne

Herren-, Jünglings- und Knaben-Kleidung

außerordentlich günstig und preiswert bei mir kaufen, da meine Verkaufspreise bedeutend unter den heutigen Einkaufspreisen liegen.

Schlüpfer, Ulster und Paletots

Moderne ein- und zweireihige Formen, teils mit Rückengurt aus neuen Diagonal-, Noppen- und schweren Ulsterstoffen in bester Verarbeitung

billige Preislagen . . .	2475,—	bis	7975,—
mittlere Preislagen . . .	8975,—	bis	12750,—
beste Qualitäten	14750,—	bis	19750,—

Moderne Anzüge

in neuen ein- und zweireihigen Formen, tailliert, mit 1, 2 oder 3 Knöpfen aus modernen Cheviot-, Noppen- und Kammgarnstoffen, mit guten Zutaten bestens verarbeitet

billige Preislagen . . .	2475,—	bis	8975,—
mittlere Preislagen . . .	9750,—	bis	16750,—
beste Qualitäten . . .	18750,—	bis	22750,—

$425

Hosen

aus soliden, dunkelgemusterten Buckskin- und Tirtheyoder elegant gestreiften Cheviot- und Kammgarnstoffen in tadellosem Sitz

solide Arbeitshosen . .	975,—	bis	1275,—
gute Strapazier-Qualitäten	1475,—	bis	1975,—
elegante Hosenstreifen .	2275,—	bis	3975,—

Regen-Mäntel

in modernen, weitgeschnittenen 1 u. 2 rhg. Raglan-Formen, offen und geschlossen zu tragen, mit weitgeschnittenem Glockenrücken, eleg. Gabardine-Mäntel m. u. ohne Plaidfutter

Loden-Mäntel	5975,—	bis	12750,—
Gummi-Mäntel	5975,—	bis	14750,—
Imprägnierte Mäntel . .	4975,—	bis	16750,—

Welcher wirklich wahre, edel und rechtlich denende Menschenfreund überläßt älterem vernünftigen Brautpaar für einige Zeit

möbl. Zimmer

mit Küchenbenutzung oder sonstiger Gelegenheit zum Kochen (Gasanschluß).
Angebote mit Preisangabe unter W. W. 100 an die Geschäftsstelle der Castroper Ztg. erbeten.

In das Handelsregister ist in Abteilung A unter Nr. 171 am 2. Oktober 1922 die Firma Wilhelm Griesel in Habinghorst und als deren Inhaber der Kaufmann Wilhelm Griesel in Habinghorst eingetragen worden.
448 Amtsgericht Castrop.

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 12. Oktober ds. Js. findet es Nachmittags um 4½ Uhr findet im Gemeindegasthause eine öffentliche Sitzung der Gemeinde-Vertretung von Habinghorst statt.

Tages-Ordnung:

1. Antrag der freiwilligen Feuerwehr um Erhöhung des Gemeindezuschusses.
2. Anträge um Ermäßigung bezw. Erlaß der Lustbarkeitssteuer:
   a. des Kinobesitzers Haushalter.
   b. der freiwilligen Feuerwehr für ihre Jahresfeier am 7. Oktober ds. Js.
3. Antrag des Lichtbildausschusses um anderweite Festsetzung der Lustbarkeitssteuer für das Varitee Wember.
4. Erhöhung der Dienstunkosten des Gemeindevorstehers.
5. Erhöhung der Entschädigung des Protokollführers.
6. Einbürgerungsantrag.
7. Aufnahme eines Kredits.
8. Verschiedenes.

Habinghorst, den 29. September 1922.
Der Gemeindevorsteher:
Regulski. 2360

Bekanntmachung.

betr. Erlaß einer Verwaltungsgebührenordnung.

Auf Grund der §§ 4, 6—8, 82 und 90 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (G. S. S. 152), des Gesetzes vom 26. August 1921 (G. S. S. 395), des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 24. Juni 1922 und der Genehmigung des Bezirksausschusses, Abteilung 1, Arnsberg vom 29. September 1922 wird für die Stadt Castrop unterm 3. Juli 1922 eine Verwaltungsgebührenordnung erlassen. Die Ordnung, welche in der Bekanntmachungstafel im Verwaltungsgebäude 1, Wittenerstraße 32, 14 Tage lang zur Einsicht angeheftet ist, tritt am 10. Oktober 1922 in Kraft.

Castrop, den 9. Oktober 1922. 420
Der Magistrat

Nutze dein Herdfeuer!



Schinkenspeck und grüner Kohl
Dies Gericht schmeckt jedem wohl.
Einen Kümmel hinterher
Trinkt man, wenn der Speck zu schwer.
— Denke stets beim Kochen dran
Wie man praktisch waschen) kann.*

*) *Persil, das selbsttätige Waschmittel, reinigt, bleicht und desinfiziert die Wäsche in einmaligem kurzen Kochen und bringt durch Mitbenutzung des täglichen Herdfeuers für die Wäsche größte Kohlenersparnis.* 10

Jeden Morgen freu ich mich

aufs neue über die Erfrischung und Belebung von Kopfhaut und Nerven durch einige Tropfen Javol. Aber nichts ist auch besser als Javol, um Schuppen und Schinnen zu beseitigen, um das Haar seidenweich, duftig und locker zu machen. Javol ist in jeder Apotheke, Drogerie, Parfümerie und beim Friseur zu haben.

Cafe Becker Conditorei und Weinstube.
Neue, bei der heutigen Preissteigerung, noch preiswerte Schokoladen eingetroffen. Für Kinder billiger wie Fett und Milch.
5332

Für mein Lebensmittelgeschäft suche ich eine **junge, flotte**

Verkäuferin

mit guten Zeugnissen, außer dem Hause. 5411
W. Kaltenpoth, Habinghorst.

---

2 gute Hunde

1 Schnauzer mit Stb., 1 Fox ff. koupiert, wachsam u. stubenrein wegen Anschaffung eines größeren Hundes (evtl. Tausch.) billig abzugeben. **L. Calmus, Habinghorst.**

Gebrauchte
Nähmaschine
zu verkaufen 5450
Laurel, Gustavstraße 3

Morgenmädchen
gesucht. 5399
Münsterstraße 127 pt

Privat-
Drucksachen, wie Besuchskarten, Briefbogen, Korrespondenzkarten, Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Dankkarten, Traueranzeigen und Dankschreiben liefert schnell, sauber u. preiswert die
Druckerei Geschw. Schmitz
Castrop
Fernsprecher 6

Schwache Nerven
sind d. Grundursachen der meisten Krankheiten. Butermut, Herzklopfen, Unlust zur Arbeit, nervöse Schwächezustände aller Art, nerv. Kopfschmerzen, Zittern, Appetitlosigkeit, nervöse Magenbeschwerden sollen nur mit
Doppelherz
dem von Aerzten anerkannten Nervenkräftig.-Mittel behandelt werden. Allein echt m. d. Schutzmarke



Zu haben: in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, schreibe man an die Fabrik: J. P. Hennes, Berlin-W., Apostel-Paulusstrasse 26. Man hüte sich vor Nachahmungen und nehme nur Doppelherz.

Zu haben in Castrop: Drogerie A. Appelhaus, Habinghorst, Westfalia-Drogerie :-: G. Goosmann, Ickern, Aug. Stimpelmann.

Metallbetten 3836
Stahlmatratzen, Kinderbett dir. an Priv., Kat. 90 H. frei
Eisenmöbelfabr. Suhl i. Th

Einige Meter
Leder-Treibriemen
50 bis 60 mm, evtl. auch breiter zu kaufen gesucht
Näheres in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Kinder-wagen
fast neu, billig zu verkaufen
Bövinghausen, Zeche Zollern
5468 Bismarckstraße 8.

Flechten
behaftet, welche mich durch das ewige Jucken Tag u. Nacht peinigten. In 14 Tagen hat Zucker's Patent-Medizinal-Seife das Übel beseitigt. Diese Seife ist Hunderte wert. Berg. M.? Dazu Zuckook-Creme (nicht fettend u. fetthaltig). In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien erhältlich.

In Castrop in Central-Drogerie Otto Hennewig Schwanen-Drogerie Albert, Appelhans. — In Laurel-Habinghorst in der Adler-Drogerie. 4515

Die Beleidigung
die ich gegen Herrn Heinr. Hiller, Christinenstraße ausgesprochen habe nehme ich als unwahr zurück. 544
Frau Josef Dietz.

Die Beerdigung meines lieben Mannes, des Mittelschullehrers

Ernst Braunschmidt

findet am Montag, den 9. Oktober nachmittags 4½ Uhr vom Trauerhause, Gartenstraße aus statt.
Hausandacht ½ Stunde vorher.

Frau Henny Braunschmidt.
5447

Erd- und Oberbauarbeiter

für sofort gesucht. Meldungen an 5459
Bauunternehmung H. Stöcker,
(Baustelle Nobelbahn)

Zum mögl. sofortigen Eintritt suchen wir eine

Kontoristin

(keine Anfängerin) mit guter Handschrift, sicher im Rechnen, Maschinenschreiben u. Stenographie erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Gefl. ausführl. Angebote mit Gehaltsansprüchen unt. F. K. 9766 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Die höchsten Preise
für
Gold u. Silber
zahlt stets
Ludwig Calmus
Goldschmiedt
Habinghorst
Kronprinzenstraße 77.
5452